

Pionier vertikaler Windkraft

Anfang 2014 war die Envergate AG noch in Konkurs. Jetzt ist die Horner Herstellerin von Windenergieanlagen wieder als Envergate Energy AG aktiv.

CHRISTOF LAMPART

HORN. Draussen, vor dem Firmengelände in Horn, ragt noch ein altes, dreiflügeliges Modell in die Höhe. Die neuen Anlagen haben fünf Windblätter. Sie sind leistungsstärker als ihre Vorgänger und sollen dafür sorgen, dass die Envergate Energy AG in den nächsten Jahren mächtig auftrieb hat. Dieser Meinung ist Marcus B. Graf, der vergangenen Jahr mit drei Partnern die Nachfolgegesellschaft der Envergate AG gründete.

Fehler verblüht den Erfolg

Der Fabrikationsfehler eines Partners hätte zu grossen zu erbringenden Garantieleistungen und somit zum Aus der zuvor eigentlich aufstrebenden Firma Envergate AG geführt, sagt Graf. Er sah aber das Potenzial und gründete im Mai 2014 mit der Envergate Energy AG eine Nachfolgegesellschaft. Auch zwei Drittel der früheren Belegschaft, zehn Personen, arbeiten heute noch für die Nachfolgefirma. Während Graf als Verwaltungsratsdelegierter und Geschäftsführer in Personalunion für Strategie und Verkauf verantwortlich zeichnet, ist mit Roman Bühler immer noch der gleiche Mann für die technologische Entwicklung der Windturbinen zuständig. Bühler sagt von sich, dass der Wind sein Element sei. «Schon als kleiner

Bub hatte ich das Gefühl, ich könne nur meine Arme ausbreiten und wie ein Vogel davonfliegen.» Tatsächlich liest sich seine spätere «windige Vita» als Erwachsener beeindruckend. Roman Bühler studierte Physik und Aerodynamik und absolvierte die Ausbildung zum Piloten. Er war Gleitschirmkonstrukteur und ehemaliges Mitglied der Schweizer Nationalmannschaft im Hängegleiten, Schweizer Meister im Motorkunstflug und Mitglied des Red-Bull-Acro-Teams. Mit all diesem Wissen war es für Bühler schon früh klar, dass vertikalachsige Windturbinen einen viel höheren Wirkungsgrad haben müssten als herkömmliche Anlagen, denn sie erlauben auch in Breitengraden, wo der Wind unkonstant und böig weht, grössere Windmengen als konventionelle Windräder.

Weiche Faktoren

Dass der Bedarf an alternativen Energien in den nächsten Jahren massiv steigen wird, ist für Graf aufgrund der beschlossenen Energiewende klar. Die Windenergie habe hierzulande besonders bei Kleinwindanlagen «enormes Potenzial». Die eigene Firma sieht er gut aufgestellt, weil ihre Vertikalachsen-Windräder nicht nur deutlich mehr leisten als durchschnittliche Anlagen in dieser Grösse, sondern auch weil sie geräuscharm und



Bild: pd

Eine vertikale Windkraftanlage von Envergate.

optisch ästhetischer seien als die Konkurrenz in diesem Segment. Das betrifft Anlagen mit einer Leistung von 20 bis 99 Kilowatt (kW). Genau diese weichen Faktoren seien, nebst der erzeugten Leistung, in einem so eng besiedelten und auf den Erhalt der natürlichen Landschaft erpich-

ten Land wie der Schweiz von grösster Wichtigkeit. Die Anlage Quinta20 der Envergate Energy AG soll sich vor allem für den Einsatz bei Bergstationen, Gasthäusern, Tankstellen, Telekom- und Industrieunternehmen bewähren. Die Quinta99 soll bei Industrie- und Infrastrukturunternehmen, Gemeinden, Stromwerken und Windparkbetreibern eingesetzt werden. Anlagen unter 100 kW erhalten leichter eine Bewilligung als Grossanlagen ab 100 kW.

Ausland hat Interesse

Für Graf hat gegenwärtig der Schweizer Markt Priorität. Anfragen aus Europa sind jedoch im Moment eher in der Überzahl. Westeuropa und Skandinavien stehen weit oben auf der Liste. «Wir haben schon zahlreiche Interessenten, die unsere Windanlagen gerne in ihren Ländern vertreiben würden. Momentan stehen wir in entsprechenden Verhandlungen», sagt Graf. Und doch ist für ihn klar: Die Schweiz soll als erster Markt von Envergate überzeugt werden. Ob an den jeweiligen Standorten die Windturbinen wirtschaftlich sinnvoll ist, gelte es jeweils detailliert zu eruiieren. Darum läuft zurzeit für Schweizer Gemeinden eine Aktion, bei der Envergate ihre Dienstleistungen für Windgutachten zum Pauschalpreis anbietet.

Österreich lässt Pleitebank Hypo Alpe Adria fallen

RUDOLF GRUBER

WIEN. Die Hypo Alpe Adria Group gibt es seit einem Jahr nicht mehr, aber ihre Schulden lasten noch immer schwer auf dem Budget der Republik Österreich, die seit der Notverstaatlichung 2009 Eigentümerin ist. Der ein Jahr zuvor verstorbene Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und die ihm willfährigen Bankmanager haben mit risikobehafteten Spekulationsgeschäften auf dem Balkan den österreichischen Steuerzahlern die gigantische Haftungssumme von mehr als 20 Mrd. € hinterlassen.

Bad Bank auch pleite

Im Vorjahr wurden Schulden, faule Kredite, Immobilien, risikobehaftete Anleihen und Fonds von der Hypo in die Abbaugesellschaft Heta ausgelagert, einer Art Bad Bank, die bislang unter Aufsicht des Finanzministeriums stand. In diesen Tagen haben Wirtschaftsprüfer die Heta erneut durchleuchtet, dabei stellte sich heraus, dass Vermögenswerte und Abschreibungen viel zu hoch bewertet worden waren. Zudem hat die Hypo auf dem Balkan massenhaft Fremdwährungskredite in Schweizer Franken vergeben, die nach der starken Aufwertung und durch das schlechte Wirtschaftsklima in Südosteuropa noch schwerer einzutreiben sind als schon bisher. Jetzt klappt plötzlich eine neue Kapitaldecke von 4 Mrd. bis 7,6 Mrd. €. Damit

war die rot-schwarze Koalitionsregierung gezwungen, die Reissleine zu ziehen: «Kein Steuergeld mehr für die Hypo», versprach Finanzminister Hans Jörg Schelling gestern. Bislang hat der Staat mit 5,5 Mrd. € Zuschuss die endgültige Pleite der Hypo immer wieder hinausgezögert.

Schuldenschnitt mit Gläubigern

Jetzt ist auch die Abbaubank Heta praktisch zahlungsunfähig und wird nun zu deren Abwicklung der Finanzmarktaufsicht (FMA) unterstellt. Es habe sich abgezeichnet, dass die Heta 2016 zahlungsunfähig sein werde, begründet FMA-Vorstand Klaus Kumpfmüller den Schritt. Die Regierung startet nun einen weiteren Versuch, die Gläubiger zur Kasse zu bitten und einen Schuldenschnitt auszuhandeln. Zunächst werden bis Mai 2016 alle Zahlungen für Schulden, Anleihen und Fonds eingestellt. Damit erhöht Wien den Druck auf die Bayerische Landesbank, die einen alten Kredit von 2,4 Mrd. € zurückfordert. Schelling bot erneut einen Vergleich an, den Bayerns Finanzminister Markus Söder bislang ablehnte: «Wenn die Bank nicht zahlen kann, muss die Republik Österreich zahlen.» Schelling sagte gestern, er wolle versuchen, die Bundeshaftung loszuwerden. Dahinter verbirgt sich die Hoffnung, dass Österreich nicht für falsch eingeschätzte Risiken von Anlegern und Investoren haftbar gemacht werden kann.